

Attac Hamburg und Aktionsgruppe gegen Hartz IV und prekäre Arbeit #FREITAG13 gegen Starbucks

- Systematische Betriebsratsbehinderung („Union Busting“)
- Niedriglohn
- Kettenbefristungen von Arbeitsverträgen
- Steuerflucht

Dazu einige Dokumente

Gewerkschaftsfeindliche Unternehmenspolitik

Kritiker wie [Naomi Klein](#), Autorin des Buches [No Logo](#), werfen dem Unternehmen vor, einen Verdrängungswettbewerb zu Lasten lokaler Betriebe und der bei Starbucks beschäftigten Mitarbeiter auszufechten. [\[50\]](#) Die internationale Gewerkschaft [IWW](#) rief im August 2006 zum Boykott von Starbucks auf, nachdem vier ihrer Mitglieder, die der IWW [Starbucks Workers Union](#) angehörten, gekündigt worden waren. [\[51\]](#) Bis zum Ende des Jahres 2006 erhöhte sich die Zahl der Gekündigten auf fünf IWW-Mitglieder.

Im April 2007 erhob die Nationale Behörde für Arbeitsbeziehungen der USA ([National Labour Relations Board](#), [NLRB](#)) auf Betreiben der IWW Anklage gegen Starbucks in 30 Fällen. Es ging um angeblich gewerkschaftsfeindliche Praktiken, unfaire Maßnahmen gegen Angestellte und Kündigungen unter angeblich konstruierten Vorwänden. Der Prozess begann im August 2007 in New York und dauerte zu Beginn des Jahres 2008 an. [\[52\]](#)

Im März 2008 wurde der Konzern verurteilt, rund 100 Millionen Dollar einbehaltener [Trinkgelder](#) an Beschäftigte zurückzuzahlen. Eine Beschäftigte hatte seit 2004 eine Sammelklage gegen die Praxis geführt, Vorgesetzte in Starbucks-Shops an den Trinkgeldern ihrer Mitarbeiter zu beteiligen. [\[53\]](#)

Der Autor [Günter Wallraff](#) schreibt 2009, nach „Recherchen hinter der In-Fassade der Kaffeehauskette Starbucks“, dort würden „menschenunwürdige Verhältnisse“ herrschen. [\[54\]](#)[\[55\]](#)

In deutschen Filialen würden [Betriebsräte](#) gezielt nach Vorgaben und unter Druck der Geschäftsleitung gewählt. Diese angeblichen Arbeitnehmervertreter seien nach Auskunft der [Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten](#) nicht ihren Kollegen, sondern der Geschäftsleitung gegenüber loyal. Tatsächlich unabhängige Betriebsräte würden mit falschen Anschuldigungen und Abmahnungen drangsalieren und zur Aufgabe der Arbeitsstelle genötigt. [\[56\]](#)[\[57\]](#)[\[58\]](#)

(Wikipedia)

Steuervermeidung

Starbucks macht sich im Rahmen seiner [internationalen Steuerplanung](#) Strategien wie [Double Irish With a Dutch Sandwich](#) zunutze, um die Konzernsteuerlast zu verringern. [\[59\]](#) Verschiedene Nichtregierungsorganisationen und Politiker kritisieren diese Praxis. [\[60\]](#)[\[61\]](#) Als Konsequenz kündigte Starbucks im April 2014 an, seine Europa-Zentrale von [Amsterdam](#) nach [London](#) zu verlegen und damit mehr Steuern im Vereinigten Königreich zu zahlen, wo sich mit 800 Filialen mehr als die Hälfte aller europäischen Filialen befinden. [\[62\]](#) Was 2012 als [Steuervermeidung](#) in der Presse war. Starbucks hatte an „Starbucks EMEA“ in den Niederlanden, wo die Steuern günstiger waren, Lizenzgebühren an sich selbst bezahlt. [\[7\]](#) Die Europäische Union verurteilte Starbucks im Oktober 2015 zu einer

Zahlung von bis zu 30 Millionen Euro. Die [Europäische Kommission](#) kam zu dem Schluss, dass Steuervorbescheide (siehe auch [Luxemburg Leaks](#)), die die Steuerlast eines Unternehmens künstlich verringern, illegal sind. Es werden EU-Beihilfavorschriften verletzt, da Starbucks ein illegaler Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Kaffeehäusern gewährt wurde. [\[63\]](#) Sowohl Starbucks als auch Luxemburg wehren sich gegen das Urteil und beharren auf dem Standpunkt, keine Regeln der OSZE verletzt zu haben. Es ist nicht bekannt, ob Starbucks in Zukunft die für illegal erklärte Steuerpraxis ändern wird. [\[64\]](#) Am 24. September 2019 urteilte das Gericht der Europäischen Union (EuG), dass Starbucks in den Niederlanden keine illegalen Steuervorteile erhalten hatte. [\[65\]](#) (Wikipedia)

Abfallproblematik

Seit vielen Jahren wird das Müllaufkommen insbesondere durch die Wegwerfbecher kritisiert. Dem begegnet Starbucks damit, dass Kunden das Getränk in den eigenen, mitgebrachten Becher füllen lassen können.^[66] Versuche zum Recycling sind bisher gescheitert.^[67]

Wikipedia (Quellen dort ausführlich)

Tarifabschluss Systemgastronomie: Zwölf Euro – wenn auch erst ab Ende 2023

Aus dem Handelsblatt, 3. März 2020

Die Löhne für Beschäftigte bei McDonald's, Starbucks und Co. steigen in fünf Schritten auf zwölf Euro. Darauf haben sich die Tarifparteien in der Schlichtung geeinigt.

(...) In der Systemgastronomie wird es künftig tatsächlich eine tarifliche Lohnuntergrenze von zwölf Euro geben – allerdings erst ab Dezember 2023 und auch nicht für alle Beschäftigten. Das sieht ein Stufenplan vor, auf den sich die NGG und der Bundesverband der Systemgastronomie (BdS) am 3.3.2020 nach drei ergebnislosen Verhandlungsrunden in der Schlichtung geeinigt haben.

(...)

In einem ersten Schritt werden die Entgelte in der zweitniedrigsten Tarifgruppe, in die alle neuen Beschäftigten nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit automatisch kommen, ab Juli von 9,40 Euro pro Stunde auf zehn Euro angehoben. Danach steigen die Entgelte in vier weiteren Schritten um jeweils 50 Cents auf zwölf Euro, die ab Dezember 2023 gelten.

„Die geforderten zwölf Euro mindestens pro Stunde werden erreicht – allerdings deutlich später als von uns gefordert“, kommentierte NGG-Verhandlungsführer Adjan das Ergebnis. Auch bleibt das Entgelt in der untersten Tarifgruppe 1, in der derzeit nur der gesetzliche Mindestlohn von 9,35 Euro gezahlt wird, mit 11,80 Euro auch 2023 noch knapp darunter.

Allerdings habe die vereinbarte überdurchschnittliche Lohnerhöhung es der Tarifkommission nicht möglich gemacht, das Ergebnis der Schlichtung abzulehnen, sagte Adjan. (...)

Auf Twitter gab es aber auch Kritik daran, dass die Lohnuntergrenze von zwölf Euro erst Ende 2023 erreicht wird. „In drei Jahren, wenn wir hoffentlich eh schon einen gesetzlichen Mindestlohn von zwölf Euro haben“, schrieb ein Nutzer. „Ziemlich enttäuschendes Ergebnis.“

Eine Stufenlösung zur Anhebung auf zwölf Euro, wie sie jetzt tariflich in der Systemgastronomie vereinbart worden ist, wird auch für den gesetzlichen Mindestlohn diskutiert. Über dessen Anpassung entscheidet eine mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetzte Kommission.

Sie ist gehalten, sich bei ihrer Entscheidung an der Tariflohnentwicklung zu orientieren. Bei ihrem letzten Beschluss Mitte 2018 hatte die Kommission bereits eine zweistufige Erhöhung von 8,84 Euro über 9,19 Euro auf 9,35 Euro vorgeschlagen, die auch so umgesetzt wurde.

Aus den Gewerkschaften gibt es Forderungen, auch beim gesetzlichen Mindestlohn mit einem Stufenplan auf zwölf Euro zu kommen. Die Kommission wird im Juni über die Anpassung ab Januar 2021 entscheiden.

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/tarifabschluss-systemgastronomie-zwoelf-euro-fuer-burger-brater-wenn-auch-erst-ab-ende-2023/25605174.html?ticket=ST-12654841-HpNvIoDBLApnQuTlxl7O-ap6>

Die „Starbucks Coffee Deutschland – Hamburg“ stellt sich den potenziellen Lohnarbeiter*innen in Ihrem „Stellenangebotsinfo“ für Bewerber*innen wie folgt vor:

„(...)AmRest Holdings SE ist der größte unabhängige Restaurantbetreiber in Zentral- und Osteuropa mit einer wachsenden internationalen Präsenz und zurzeit über 2126 Restaurants mit 40.000 Mitarbeitern in 26 Ländern. Seit 1993 haben wir ein Portfolio von bekannten, starken Marken wie KFC, Pizza Hut, Burger King und Starbucks aufgebaut, dass auf Franchise, Lizenzpartnern und Joint Venture Partnerschaften basiert. AmRest ist zudem Besitzer der Marken La Tagliatella, Blue Frog, Kabb und Sushi Shop, welche international sowohl mit eigenen Betrieben als auch mit Franchisepartnern betrieben wird.(...)“

Steuervermeidung und Lohndumping durch Starbucks und McDonald's

Die Firma AmRest betreibt über 90% der 154 Starbucks-Filialen in Deutschland.

Nicht nur die Arbeitsbedingungen bei McDonald's, Starbucks und AmRest sind mies.

Starbucks und McDonald's prellen auch den Staat durch Finanz-Tricks massiv um Steuern. Beide Konzerne gehören zu den Top-Ten der Steuervermeider in Europa. Laut Bericht des Handelsblatts von 2012 hatte Starbucks seit 2002 in Deutschland und seit 2004 in Frankreich noch nie Ertragssteuern gezahlt. Starbucks nutzt die Steueroase Niederlande für einen Taschenspieler-Trick und zahlt sich laut finanzfluss.de den steuerpflichtigen Gewinn, der in Deutschland anfallen würde, als Markenrechte an den niederländischen Standort aus.

Im Klartext: Unternehmensberater und Rechnungsprüfer verschieben die Unternehmensgewinne von einer Tasche in die andere bis sie verschwinden. Der deutsche Staat und seine Staatsanwaltschaften stehen staunend daneben. Und dann klagt die Regierung über leere Kassen!

McDonald's vertraut für Steuerflucht in Europa auf Luxemburg - international auf den US- Bundesstaat Delaware, die Cayman Islands und andere Steuer-Oasen.

Die EU-Kommission leitete ein Verfahren gegen McDonald's ein, da der Konzern sowohl in Luxemburg als auch in den USA „praktisch keine Körperschaftssteuern auf seine Gewinne gezahlt hat“.

Europäischen Ländern sollen nach Berechnungen von Kontrast zwischen 2009 und 2015 um 1,5 Milliarden Euro Steuern alleine von McDonalds entgangen sein.

Nach Berechnungen der EU-Kommission soll die europäische Starbucks-Tochter 2014 einen Umsatz von 350 Millionen Euro gemacht haben. Aber sie soll gerade mal 600.000 Euro Steuern bezahlt haben. Starbucks arbeitet hier vor allem mit Krediten des Mutterkonzerns an die Unternehmenstochter, damit anfallende Zinsen aus der Gewinnrechnung fallen

Lizenzgebühren, die z.B. von deutschen Filialen für die Nutzung der Markenrechte, Storekonzept usw. an Holland zahlen muss, wo diese Lizenzen angemeldet sind

Das österreichische Magazin Kontrast schrieb im Jahr 2017: "Jede Mitarbeiterin zahlt mehr Steuern als McDonald's selbst."

Starbucks: Juristischer Bullshit gegen aktive Betriebsräte

In Berlin existieren zwei aktive und gewerkschaftsnahe Betriebsräte bei Starbucks - sie sind offenbar die letzten ihrer Art in Deutschland. Um diese zur Aufgabe zu zwingen und durch management-hörige Gremien zu ersetzen, betreibt Starbucks spitzfindigen Rechtsnihilismus und brutales Union-Busting.

Die Geschäftsleitung spielt dabei in absurder Form mit der Definition, was ein „Betrieb“, also welcher Betriebsrat für welche Filialen zuständig ist. Die Münchner Human Resources-Abteilung von Starbucks variiert beständig den Zuschnitt der fünf Berliner Distrikte – oft ohne jede geographische Logik. Die neue Struktur fasst Filialen zusammen, die weit entfernt liegen.

Betriebswirtschaftlich kann das keinen Sinn machen. Es ist offensichtlich, dass die Änderung nur einen Grund hatte: Nach der Umstrukturierung müssten die Betriebsräte auflöst werden und es kommt zu Neuwahlen. Anscheinend will AmRest so die demokratisch legitimierten Betriebsräte loswerden.

AmRest setzt außerdem auf juristische Einschüchterung und Zermürbung:

Michael G., ein Berliner Betriebsratsvorsitzender, muss gleich sechs Kündigungsversuche abwehren - darunter sind vollkommen substanzlose Konstrukte, die so billig zusammen geschustert sind, dass sie vielen Juristen zu peinlich wären.

So wirft Starbucks dem BR-Vorsitzenden Michael G. einen Kommentar vor, den er zu einem Artikel der aktion ./ arbeit sunrecht auf seinem privaten Facebook-Profil gemacht hat. Darin schreibt Michael: Auch zu den Arbeitsbedingungen bei Starbucks gäbe einiges zu berichten, aber sicher würde dann jemand sauer, wenn das geschehe. Der Prokurist und Syndikusanwalt des

Konzerns Alexander Sauer sah in dem Adjektiv "sauer" eine Anspielung auf seine Person und konstruierte daraus einen Kündigungsgrund – wegen angeblicher Ehrverletzung. Au backe!

Juristisch ist das Manöver bestenfalls als Schikane zu werten. Dass dieser juristische Bockmist überhaupt vor Gericht verhandelt wird, ist eine Verhöhnung des Rechtsstaats.

You must say you to me!

An anderer Stelle versucht die Geschäftsleitung den Betriebsratsvorsitzenden zu kündigen, weil er seine Vorgesetzten mit Nachnamen anspricht. Eine Arbeitsanweisung würde ihm angeblich vorschreiben, dass er diese zu duzen habe, heißt es in einer vorangegangenen Abmahnung.

Ein vermeintlich kumpelhafter Umgangston soll flache Hierarchien vortäuschen und offenbar das knallharte Union Busting des Unternehmens kaschieren. Verhaltensregeln dieser Art können tatsächlich gar nicht einseitig vom Arbeitgeber erlassen werden, sie unterliegen aus gutem Grund der Mitbestimmung durch den Betriebsrat.

Die Verantwortlichen, Alexander Sauer und seine Kollegin Joana Johannsen, dürften selbst wohl kaum davon ausgehen, dass diese Konstrukte vor einem Arbeitsgericht standhalten. Ihre wiederholten Angriffe sollen einen aktiven Gewerkschafter systematisch zermürben.

Wir fordern:

Lasst Michael in Ruhe! Hände weg von aktiven Betriebsräten!

Union Busting verhindern – Betriebsrat stärken! (Arbeitsuntrecht)

Geringe Steuern: Warum Starbucks wenig Steuern zahlt

In den letzten Jahren stieg das mediale Interesse an den steuerlichen Praktiken internationaler Großkonzerne wie Apple oder Amazon. Als ungerecht empfinden viele Menschen hierzulande die überraschend geringe Unternehmenssteuer, die Schwergewichte wie eBay in Deutschland entrichten. Zur Anwendung kommen in der Regel ausgeklügelte Steuervermeidungstaktiken, mit denen Steuersenkungen verwirklicht werden.

Starbucks: Ausgangslage

Wenn Starbucks seine Steuern senken möchte, dann tut der Big Player dies aus demselben Grund wie viele andere Konzerne auch: Unternehmen befinden sich in einem gewissen Zwiespalt.

Auf der einen Seite möchten sie ihren **Aktionären exzellente Resultate präsentieren** und gegebenenfalls eine zufrieden stellende Dividende auszahlen. Dies setzt einen **hohen Gewinn** voraus. **Auf der anderen Seite** möchte der Vorstand aber auch die **Steuerlast senken**, was ebenfalls im Sinne der Aktionäre ist. Dies erfordert allerdings einen **niedrigen Gewinn**.

Senkung der Steuerlast

Doch um welche Steuer geht es den Konzernen eigentlich? Im Fokus steht die so genannte **Corporate Tax**, die **Körperschaftsteuer**. Sie ist hierzulande **auch als Gewinnsteuer bekannt**, da sie **15 Prozent** des zu **versteuernden Gewinns** eines Unternehmens ausmacht.

Es geht hier also keineswegs um die steuerlichen Leistungen oder Sozialabgaben für die Mitarbeiter (...).

Um sich etwas von der 15 Prozent umfassenden Steuerlast zu befreien, können internationale Großkonzerne diverse legale Möglichkeiten nutzen. Damit dies gelingt, beschäftigen die Unternehmen zahlreiche Anwälte, die auf steuerliche Dinge spezialisiert sind. Diese Steueranwälte sind mit nichts anderem beschäftigt, als die **Gewinne in der Bilanz so niedrig wie möglich zu halten**.

Derartige **große Konzerne** wie Starbucks haben einen **bedeutenden Vorteil**: Sie sind **in vielen Ländern auf verschiedenen Kontinenten aktiv** und können ihr **Kapital** dadurch **flexibel verschieben**. Dieser smart eingesetzte Cashflow ist es auch, der die Basis für die Senkung der Steuerlast darstellt.

Das Ganze wird derart optimiert, dass **hohe Gewinne** vor allem **in jenen Ländern entstehen**, in denen die **steuerliche Belastung** vergleichsweise **gering** ausfällt.

In Staaten wie Deutschland oder in den USA, wo die steuerliche Belastung relativ hoch ist, wird der Gewinn entsprechend verringert.

Starbucks als Beispiel

Grundannahme soll an dieser Stelle einmal sein, dass der Kaffee-Gigant seine aufgrund der Körperschaftsteuer anfallenden Ausgaben in Deutschland senken möchte.

Da sich der Gewinn dadurch ergibt, vom erzielten Umsatz die entstandenen Kosten abzuziehen, stehen also zwei Stellschrauben zur Auswahl. Es liegt auf der Hand, dass das Unternehmen kein Interesse daran haben kann, seinen

Umsatz zu verringern – beispielsweise durch niedrigere Preise oder weniger Kunden.

Was bleibt, ist demnach die **Erhöhung der Kosten**. Steigen jene, wird **automatisch** der **Gewinn geschmälert**.

Legale Möglichkeiten, die Kosten steigen zu lassen, dadurch den Gewinn zu minimieren und die Steuerlast zu senken?

1. Verschuldung gegenüber dem Mutterkonzern: (...)

Während der **Mutterkonzern als Starbucks Corporation in den USA** ansässig ist, **firmieren die in Deutschland eröffneten Filialen als GmbH**. **Damit der Konzern in Deutschland weniger Steuern zahlen kann**, muss dafür gesorgt werden, die **Gewinne der GmbH zu minimieren**. Möglich wird dies dadurch, dass sich die **deutschen Starbucks-Filialen gegenüber dem US-Mutterkonzern verschulden**.

Letzterer gibt der GmbH einen Kredit, mit dem die Filialen finanziert werden können. **Um den Schuldenberg abzubauen, zahlen die Filialen neben der Tilgung Zinsen**. Jene **erhöhen die Kosten** und **verkleinern** so den **regionalen Gewinn**. Dies funktioniert natürlich nur in begrenztem Rahmen, da marktunübliche Wucherzinsen nicht erlaubt sind.

2. Lizenzgebühren

Der Starbucks-Großkonzern ist natürlich eine in vielen Teilen der Welt bekannte und sehr wertvolle Marke, deren Logo oder Inneneinrichtung patentiert sind. Es ist möglich, diese **Markenrechte und Patente in ein anderes Land zu transferieren und einzutragen**.

Dies ist nötig, dass die dortigen Filialen – hier in Deutschland also die GmbH – die Marke nutzen dürfen. **Die Höhe liegt etwa bei 5 bis 6 Prozent des Umsatzes**, die dann direkt in **Kosten umgewandelt** und ins **Ausland überwiesen** werden. Es bietet sich an, die **Patente und Lizenzen in einem Land eintragen zu lassen, in dem die entsprechende Versteuerung möglichst gering ist**.

3. Verlustvorträge geltend zu machen.

Dies bedeutet, dass **beispielsweise ein Starbucks-Tochterunternehmen die im letzten Jahr (bewusst) gemachten Verluste nutzt**, um die im **Folgejahr erwirtschafteten Gewinne zu minimieren** oder sogar **auszugleichen** und so die **Steuerlast zu senken**.

Fazit

Dass **große, international tätige Konzerne** wie Starbucks **Steuern minimieren** oder **ganz vermeiden möchten**, ist aus **Unternehmersicht verständlich**.

Da der deutsche Staat den Konzernen durch gesetzliche Regelungen die Möglichkeit dazu gibt, machen jene davon unter Zuhilfenahme diverser Fachanwälte rege Gebrauch. **Kernziel ist hinsichtlich dessen, den Cashflow über die Länderfilialen zu optimieren, so den Gewinn zu reduzieren und dadurch weniger Steuern abführen zu müssen**. Im Grunde **zahlen** die Unternehmen dank legaler, geschickter Steuervermeidungstaktiken ihre **Körperschaftsteuer dort, wo es für sie am attraktivsten** ist.

(Auszüge aus: <https://www.finanzfluss.de/blog/warum-starbucks-wenig-steuern-zahlt/>)